



HESSEN



# Bericht aus Brüssel

11/2020 vom 05.06.2020

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union  
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel  
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13  
E-mail: [hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de](mailto:hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de)

## Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	5
Außen- und Verteidigungspolitik.....	9
Ausschuss der Regionen.....	11
Wirtschaft.....	11
Energie.....	14
Digital.....	14
Forschung.....	15
Finanzdienstleistungen.....	16
Finanzen.....	16
Soziales.....	18
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	19
Umwelt.....	20
Landwirtschaft.....	21
Justiz.....	21
Inneres.....	21
Bildung und Kultur.....	24
Information, Kommunikation und Medien.....	24
Veranstaltungen.....	25
Vorschau.....	26

### **Kommission; 3. Verhandlungsrunde künftige Partnerschaft EU-GBR**

Vom 11.-15.05.2020 hat eine weitere Verhandlungsrunde über die künftige Partnerschaft zwischen der EU und GBR stattgefunden. Angesichts der anhaltenden Coronavirus-Krise wurde die Verhandlungsrunde per Videokonferenz abgehalten. Chefverhandler der EU, Michel Barnier, äußerte nach der Verhandlungsrunde, dass es auch diese Woche kaum Fortschritte gegeben habe. Barnier erklärte, es konnte zwar ein Dialog über die Fischerei aufgenommen werden, aber die gegenseitigen Positionen weichen weiterhin voneinander ab. Abgesehen von einigen wenigen bescheidenen Eröffnungen waren bei den anderen Themen keine Fortschritte möglich. Barnier zeigte sich auch enttäuscht über den mangelnden Ehrgeiz von GBR in anderen Bereichen, die nicht im Mittelpunkt der Verhandlungen stehen, aber dennoch wichtig und symbolisch sind, um voranzukommen. Beispielfhaft nannte er das Thema Geldwäsche. Barnier versicherte trotz der enttäuschenden Verhandlungen beim Plan des Aufbaus einer ehrgeizigen neuen Partnerschaft mit GBR zu bleiben; dazu habe man sich verpflichtet. Die EU wolle ein modernes, beispielloses, zukunftsweisendes Abkommen, kein enges, in der Vergangenheit verwurzeltes Abkommen, in welchem Präzedenzfälle und Sektor für Sektor aufgeschlüsselt seien.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH\\_20\\_895](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/SPEECH_20_895)

### **Kommission; 4. Verhandlungsrunde künftige Partnerschaft EU-GBR**

Vom 01.-05.06.2020 hat eine weitere Verhandlungsrunde über die künftige Partnerschaft zwischen der EU und GBR stattgefunden. Angesichts der anhaltenden Coronavirus-Krise wurde die Verhandlungsrunde per Videokonferenz abgehalten. Der Chefverhandler der EU, Michel Barnier erklärte, dass es kaum Fortschritten bei den Verhandlungen gebe. Strittig seien weiterhin vor allem die Regeln für gleiche Wettbewerbsbedingungen. Die EU könne kein Dumping akzeptieren. Bei den Themen Governance-Struktur, künftige polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen sowie Fischerei wurden ebenfalls kaum Fortschritte erzielt. Barnier verwies mehrfach auf die zwischen der EU und GBR vereinbarte gemeinsame politische Erklärung von Ende 2019, welche die Bedingungen der zukünftigen Partnerschaft festlege. An diese gemeinsamen Vereinbarungen müsse man sich halten. Barnier nannte zahlreiche Bereiche, in denen GBR sich komplett von dem, was in der politischen Erklärung vereinbart wurde, entfernt habe. Die nächste Verhandlungsrunde soll voraussichtlich Ende Juni oder Anfang Juli stattfinden. Für Juni ist ein Treffen zwischen Premierminister Johnson, Präsident des Europäischen Rates Michel und Kommissionspräsidentin von der Leyen geplant.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech\\_20\\_1017](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_20_1017)

### **Kommission; Angepasstes Arbeitsprogramm der Kommission für 2020**

Angesichts der Krise, die durch die Coronavirus-Pandemie verursacht wurde, hat die Kommission ihr Arbeitsprogramm 2020 überprüft und entsprechend angepasst. Die Kommission veröffentlichte am 27.05.2020 eine Mitteilung zum angepassten Arbeitsprogramm für 2020. In der Mitteilung wird zunächst auf die Konsequenzen der Coronavirus-Krise und auf neue Herausforderungen eingegangen. Weiterhin erläutert die Kommission ihre bisher ergriffenen Maßnahmen. Bis heute hat die Kommission seit Beginn der Krise laut der Mitteilung 291 Beschlüsse und andere Rechtsakte angenommen. Fast alle davon waren weder geplant noch im Arbeitsprogramm der Kommission für 2020 enthalten. Es wird in der Mitteilung außerdem betont, dass die in den politischen Leitlinien von Präsidentin von der Leyen und im Arbeitsprogramm

der Kommission für 2020 festgelegten Prioritäten auch angesichts der Notwendigkeit, dass Europa aus der Krise herausfinden muss, wichtiger denn je sind. Die Notwendigkeit, den doppelten grünen und digitalen Übergang zu beschleunigen, ein gerechteres Europa mit einer Wirtschaft aufzubauen, die für die Menschen arbeitet, den Binnenmarkt und die strategische Autonomie zu stärken, die Demokratie zu fördern und die globale Verantwortung der EU als geopolitischer Akteur in vollem Umfang wahrzunehmen, wird laut Kommission immer dringlicher. Die Kommission plant aus diesem Grund daher weiterhin, alle ihre wichtigen Initiativen im Rahmen der Hauptziele zu verwirklichen. Für das restliche Jahr sollen jedoch zunächst vor allem Maßnahmen prioritär sein, die bei der Erholung nach der Krise helfen können. Initiativen, die wesentlich sind oder die sofortige Erholung nach der Krise unterstützen, sollen wie ursprünglich im Arbeitsprogramm der Kommission geplant, angenommen werden. Dazu gehören die Strategie für die Integration intelligenter Sektoren, die Renovierungswellenstrategie, die Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität, das Gesetz über digitale Dienste, die Verstärkung der Jugendgarantie und das Weißbuch über ein Instrument für ausländische Subventionen. Eine Reihe dringender, wichtiger Initiativen, die wegen der Pandemie verzögert wurden, sollen so schnell wie möglich verabschiedet werden, insbesondere der neue Pakt über Migration oder die aktualisierte Qualifikationsagenda für Europa. Andere sollen auf einen späteren Zeitpunkt im Jahr oder auf Anfang nächsten Jahres verschoben werden. Laut der Mitteilung sollen weiterhin die Grundsätze der besseren Rechtsetzung im Mittelpunkt der Rechtsetzung stehen. Bei dem geplanten Bericht zur jährlichen strategischen Vorausschau soll vor allem die Widerstandsfähigkeit gegenüber gegenwärtigen und zukünftigen systemischen Schocks wie der COVID-19-Krise geprüft und gestärkt werden. Zum Schluss weist die Kommission darauf hin, dass vor allem vor Ort bei den Bürgerinnen und Bürger der EU greifbare Ergebnisse erzielt werden sollen, um ein widerstandsfähigeres, nachhaltigeres und gerechteres Europa aufzubauen.

[https://ec.europa.eu/info/files/2020-adjusted-commission-work-programme\\_de](https://ec.europa.eu/info/files/2020-adjusted-commission-work-programme_de)

### **EP; Konferenz über die Zukunft Europas**

Am 25.05.2020 wurde im Ausschuss für konstitutionelle Fragen des EP über die geplante Konferenz über die Zukunft Europas gesprochen. Diese soll laut den Abgeordneten im September beginnen. Der Ausschuss betonte weiterhin, dass die Krise des COVID-19 die Notwendigkeit von Reformen wichtiger denn je gemacht hat. Die Konferenz über die Zukunft Europas müsse so bald wie möglich eingeleitet werden, damit auf der Grundlage der Ergebnisse wirksame Reformen durchgeführt werden können, betonten sie. Die meisten Abgeordneten wiesen darauf hin, dass der Rat in unmittelbarer Zukunft eine vernünftige Verhandlungsposition erarbeiten müsse, wobei viele von ihnen eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten zur Umsetzung der konferenzbasierten Reformen, möglicherweise einschließlich einer Vertragsänderung, forderten. Eine breite Mehrheit betonte auch, dass eine gemeinsame Erklärung von Parlament, Rat und Kommission noch vor dem Sommer beschlossen werden müsse, damit die Konferenz im September beginnen und bis Ende des Jahres auf Hochtouren laufen könne. Digitale Technologien sollten dabei eine effektive Bürgerbeteiligung ermöglichen. Die Konferenz, die vom Parlament, dem Rat und der Kommission organisiert wird, sollte eigentlich bereits im Mai 2020 beginnen und zwei Jahre dauern, hat sich jedoch aufgrund der COVID-19-Pandemie verzögert.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20200520IPR79518/conference-on-the-future-of-europe-should-start-by-september-say-meps>

### **Rat; Annahme des Verordnungsvorschlags zur Entlastung des Luftverkehrs wegen COVID-19**

Der Rat hat am 25.05.2020 den Verordnungsvorschlag der Kommission vom 29.04.2020 zur Änderung der Verordnung über gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Gemeinschaft angesichts der COVID-19-Pandemie angenommen (Luftverkehrsdienste-VO). Damit soll der durch die Pandemie stark betroffene Luftverkehrssektor entlastet werden (vgl. BaB 09/2020). Die Verordnung ist am 28.05.2020 und damit einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft getreten.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L\\_.2020.165.01.0001.01.DEU&toc=OJ:L:2020:165:TOC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2020.165.01.0001.01.DEU&toc=OJ:L:2020:165:TOC)

### **Rat; Annahme der Fristverlängerung für Umsetzung von EU-Rechtsvorschriften zur Eisenbahnsicherheit wegen COVID-19**

Der Rat hat am 25.05.2020 eine Verlängerung der Umsetzungsfrist für die Richtlinien über die Eisenbahnsicherheit und die Interoperabilität des Eisenbahnsystems in der EU angenommen. Die Umsetzungsfrist wird vom 16.06.2020 bis zum 31.10.2020 verlängert. Dadurch soll dem Eisenbahnsektor und den Behörden in der derzeitigen Lage mehr Flexibilität und Rechtssicherheit bei der Bewältigung geboten werden (vgl. BaB 09/2020). Beide Rechtsakte sind Teil des von der Kommission am 29.04.2020 vorgelegten Pakets von Notmaßnahmen für den Verkehrssektor. Die Änderung ist am 28.05.2020 und damit einen Tag nach ihrer Veröffentlichung im EU-Amtsblatt in Kraft getreten.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L\\_.2020.165.01.0027.01.DEU&toc=OJ:L:2020:165:TOC](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/?uri=uriserv:OJ.L_.2020.165.01.0027.01.DEU&toc=OJ:L:2020:165:TOC)

### **Kommission; Leitlinien angesichts Produktionsumstellungen wegen COVID-19**

Die Kommission hat am 26.05.2020 Leitlinien mit praktischen Fragen und Antworten für die Industriebereiche Persönliche Schutzausrüstung, Handreinigungs- und Händedesinfektionsmittel sowie 3D-Druck (zur Herstellung von Medizinprodukten) veröffentlicht. Damit soll für die in diesen Bereichen agierenden Wirtschaftsakteure die dringend benötigte Klarheit hinsichtlich der geltenden Rechtsvorschriften und den damit verbundenen Anforderungen geschaffen werden. Die Zielsetzungen der Leitlinien sind die Beschleunigung der Zulassung wesentlicher Produkte, die Unterstützung von Unternehmen bei der Anpassung ihrer Produktionslinien und die Verringerung des bürokratischen Aufwands bei der Gesetzgebung.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200526-corona-industrie\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200526-corona-industrie_de)

### **Kommission; REACT-EU**

Die Kommission hat am 28.05.2020 – wie bei der Vorstellung des Recovery-Plans durch Kommissionspräsidentin von der Leyen angekündigt – als Teil ihres Wiederaufbauplans eine neue Initiative namens „REACT-EU“ („Recovery Assistance for Cohesion and the Territories of Europe“) vorgeschlagen. Diese sieht eine Aufstockung der derzeitigen Kohäsionsunterstützung um 55 Mrd. EUR vor (2020: 5 Mrd. EUR, 2021: 40 Mrd. EUR und 2022: 10 Mrd. EUR). Diese Mittel sollen den Regionen nach einem eigenen Verteilungsschlüssel unter Berücksichtigung der Schwere der wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der Krise, einschließlich der Jugendarbeitslosigkeit, zugewiesen werden. Die Initiative soll dabei helfen, die Lücke

zwischen den ersten Krisenmaßnahmen und der längerfristigen Erholung zu schließen. [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/com\\_2020\\_451\\_act\\_v8.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/com_2020_451_act_v8.pdf)

### **Kommission; InvestEU**

Am 29.05.2020 hat die Kommission vorgeschlagen, das Programm „InvestEU“ zu stärken. Es soll Unternehmen entscheidende Unterstützung bieten und eine starke Konzentration der Investitionen auf die mittel- und langfristigen politischen Prioritäten der EU, wie den Green Deal, den Übergang zur Digitalisierung und die Herstellung größerer Resilienz gewährleisten können. Der neue Vorschlag sieht zwei wichtige Änderungen am Programm „InvestEU“ vor. Erstens soll das Programm InvestEU auf insgesamt 15,3 Mrd. EUR aufgestockt werden (d.h. im Prinzip eine Verdoppelung gegenüber dem ursprünglichen Vorschlag der Kommission). Zweitens soll der Geltungsbereich auf einen neuen Politikbereich, nämlich „Strategische europäische Investitionen“, ausgeweitet werden. Dadurch soll den Bedürfnissen der europäischen Wirtschaft Rechnung getragen und die strategische Autonomie in den Schlüsselsektoren gefördert und gesichert werden. Außerdem schlägt die Kommission eine neue, in InvestEU eingebettete Fazilität für strategische Investitionen bis zu 150 Mrd. EUR vor.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/com\\_2020\\_403\\_1\\_en\\_act\\_part1\\_v10.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/com_2020_403_1_en_act_part1_v10.pdf)

### **Kommission; Solvenzinstrument**

Die Kommission hat am 29.05.2020 ein neues Solvenzinstrument, das auf dem bestehenden Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSl) aufbaut, vorgeschlagen. Damit soll Privatkapital mobilisiert werden, um coronabedingt gefährdete, aber im Übrigen gesunde Unternehmen in ganz Europa die dringend benötigte Unterstützung zukommen zu lassen. Das neue Solvenzinstrument soll schon im Herbst 2020 einsatzbereit sein. Es wird mit 31 Mrd. EUR ausgestattet. Bei diesem neuen Instrument handelt es sich um ein befristetes Kriseninstrument. Das Solvenzinstrument wird sämtlichen Mitgliedstaaten (MS) und allen Wirtschaftszweigen, die unter den EFSl fallen, zur Verfügung stehen, wobei der Schwerpunkt auf den von der Pandemie am stärksten betroffenen MS liegt.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about\\_the\\_european\\_commission/eu\\_budget/com\\_2020\\_404\\_1\\_en\\_act\\_part1\\_v9.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/com_2020_404_1_en_act_part1_v9.pdf)

### **Kommission; Öffentliche Darlehensfazilität zur Förderung grüner Investitionen**

Am 28.05.2020 hat die Kommission ihren Vorschlag für eine Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor im Rahmen des „Mechanismus für einen gerechten Übergang“ („Just Transition Mechanism“ - JTM) vorgelegt. Die Darlehensfazilität für den öffentlichen Sektor ist eine von drei Säulen des JTM und Teil der Bemühungen zur Schaffung einer klimaneutralen Wirtschaft in Europa bis 2050 im Rahmen des Green Deal. Die anderen Säulen des JTM stellen der am 14.01.2020 vorgeschlagene Fonds für einen gerechten Übergang („Just Transition Fund“) und eine spezielle Regelung für einen gerechten Übergang im Rahmen von „InvestEU“ dar. Die am 28.05.2020 vorgeschlagene Fazilität wird unter Beteiligung der Europäischen Investitionsbank (EIB) umgesetzt und soll Investitionen durch die öffentliche Hand fördern, die den Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft unterstützen. Die Fazilität wird 1,5 Mrd. EUR für Finanzhilfen aus dem EU-Haushalt und ein Darlehensvolumen aus Eigenmitteln der EIB in Höhe von 25 Mrd. bis 30 Mrd. EUR mobilisieren, um den vom Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft am stärksten betroffenen Gebieten und Regionen zu helfen. Dabei wird denjenigen Vorrang gewährt, die über geringere Kapazitäten für die Bewältigung der Kosten des Übergangs verfügen.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about\\_the\\_european\\_commission/eu\\_budget/com\\_2020\\_460\\_en\\_act\\_v6.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/com_2020_460_en_act_v6.pdf)

## **EBA; Die COVID-19-Pandemie stellt die europäischen Banken vor große Herausforderungen**

Die Europäische Bankenbehörde (EBA) veröffentlichte am 25.05.2020 eine vorläufige Bewertung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den EU-Bankensektor. Die Banken sind im Vergleich zu früheren Krisen kapitalkräftiger und mit besserer Liquidität in die COVID-19-Krise eingetreten. Sie bewältigten den Druck auf die operativen Kapazitäten, indem sie ihre Notfallpläne aktivierten. Es wird erwartet, dass die Krise die Qualität der Aktiva und damit die Rentabilität der Banken in Zukunft beeinträchtigen wird. Nichtsdestotrotz liegt das von den Banken in den vergangenen Jahren angesammelte Kapital zusammen mit der von den Aufsichtsbehörden gewährten Kapitalentlastung im Durchschnitt um 5% über ihren Gesamtkapitalanforderungen. Dieser Kapitalpuffer sollte es den Banken ermöglichen, den potenziellen Kreditrisikoverlust zu standzuhalten. Ferner wird erwartet, dass die Banken mit wachsenden Volumina notleidender Kredite (NPL) konfrontiert sein werden.

<https://eba.europa.eu/covid-19-placing-unprecedented-challenges-eu-banks>

## **EIB; Der Verwaltungsrat genehmigt den paneuropäischen Garantiefonds als Antwort auf die COVID-19-Krise**

Am 26.05.2020 hat sich der Verwaltungsrat der Europäischen Investitionsbank (EIB) auf die Struktur und den Geschäftsansatz des neuen gesamteuropäischen Garantiefonds geeinigt, um den wirtschaftlichen Folgen der COVID-19-Pandemie zu begegnen. Der Fonds wird es der EIB-Gruppe ermöglichen, ihre Unterstützung für überwiegend kleine und mittlere europäische Unternehmen auszuweiten und bis zu 200 Mrd. EUR an zusätzlichen Finanzierungen zu generieren. Er ist Teil des 540-Mrd.-EUR-Hilfspakets zur Bekämpfung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie, auf das sich die EUR-Gruppe am 09.04.2020 verständigt hatte.

<https://www.eib.org/de/press/all/2020-126-eib-board-approves-eur-25-billion-pan-european-guarantee-fund-to-respond-to-covid-19-crisis#>

## **EZB; Pandemie erhöht Risiken für die Finanzstabilität**

Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie haben, trotz entschlossener politischer Maßnahmen, laut dem Financial Stability Review (FSR) der Europäischen Zentralbank (EZB) vom 26.05.2020 die bestehenden Schwachstellen für die Finanzstabilität im Euroraum aufgedeckt und verstärkt. Der Anstieg der Staatsverschuldung birgt die Gefahr einer Neubewertung des Staatsrisikos durch die Marktteilnehmer und könnte den Druck auf anfälligeren Staaten neu entfachen. Angesichts der veränderten Gewinnerwartungen der Unternehmen und der schwächeren Ertragsgenerierung aus dem Neugeschäft dürfte die Eigenkapitalrendite der Banken im Euroraum im Jahr 2020 deutlich niedriger sein als vor der Pandemie. Die Banken sollten jedoch von den Maßnahmen der Aufsichtsbehörden im Zuge der COVID-19-Pandemie profitieren, die eine Lockerung der Kapitalanforderungen vorsehen. Dadurch wird die operative Flexibilität der Banken gesteigert, damit sie den Kreditfluss in die Wirtschaft aufrechterhalten können. Kapitalschonend wirkt sich auch die Empfehlung der Bankenaufsicht der EZB aus, wonach die Banken vorübergehend auf die Zahlung von Dividenden oder den Rückkauf von Aktien verzichten sollten.

<https://www.ecb.europa.eu/pub/financial-stability/fsr/html/ecb.fsr202005~1b75555f66.en.html#toc2>

## **Europol; Bericht zu Auswirkungen von COVID-19 auf den Drogenmarkt vorgelegt**

Am 29.05.2020 legten Europol und die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EBDD) einen gemeinsamen Bericht zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf den Drogenmarkt vor. Der Bericht basiert auf der

Auswertung einer EBDD-Umfrage unter Drogenexperten der Mitgliedstaaten, Erkenntnissen über die organisierte Kriminalität von Europol und der strukturierten Erfassung von Informationen aus öffentlich zugänglichen Quellen. Zwar sei es im Straßenhandel zeitweise zu Engpässen gekommen, in der Folge hätten sich Konsumenten und Händler vermehrt alternativen Vertriebswegen, etwa dem Darknet oder verschlüsselten Social-Media-Anwendungen zugewandt. Trotz der Wiedereinführung der Grenzkontrollen und der Beschränkung der Einreisen in die EU sei der Transport von Drogen in großen Mengen in die EU und innerhalb der EU im Schatten des kommerziellen Warentransports nicht zum Erliegen gekommen. Während z.B. bei Cannabis und Heroin kurzfristige lokale Lieferengpässe keinen nachhaltigen Nachfrageeinbruch bedingt hätten, sei die Nachfrage nach synthetischen Drogen aufgrund der starken Beschränkungen im Freizeitsektor deutlich zurückgegangen. Auch insoweit gehe die Herstellung jedoch weiter. Es gelte daher, die Strafverfolgungsbehörden im Rahmen der Bewältigung der COVID-19-Pandemie einzubeziehen und dafür zu sorgen, dass Drogenhändler nicht von potenziellen sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Krise profitierten.

<https://www.europol.europa.eu/publications-documents/eu-drug-markets-impact-of-covid-19>

### **Rat; Videokonferenz der EU-Sportminister zu den Folgen von COVID-19**

Am 02.06.2020 tauschten sich die Sportminister der Mitgliedstaaten über die Folgen der COVID-19-Pandemie für den Sportsektor aus. Einigkeit bestand darin, dass sportliche Betätigungen, nicht zuletzt aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung des Sports, unter Beachtung notwendiger Sicherheitsvorkehrungen wiederaufgenommen werden sollten. Zudem berieten die Minister u.a. über mögliche Unterstützungen des Sportsektors bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie und ihrer Folgen mit EU-Mitteln sowie über abgestimmte Verfahren bei der Wiederaufnahme des Sportbetriebs und tauschten Best Practices aus.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2020/06/02/>

### **Kommission; Matchathon ermöglicht 2235 Partnerschaften für innovative Coronaprojekte**

Im Anschluss an den Hackathon EUvsVirus erfolgte unter der Schirmherrschaft von Forschungskommissarin Mariya Gabriel vom 21.-28.05.2020 ein sogenannter Matchathon. Ziel des Formates war es, Partnerschaften zu innovativen Projekten zur Bekämpfung der Pandemie zu ermöglichen. Wie die Kommission am 03.06.2020 bekannt gab, wurden in diesem Rahmen 2235 Partnerschaften zur Umsetzung von 120 Projekten geschlossen.

[https://ec.europa.eu/info/news/european-commission-euvsvirus-matchathon-sets-world-record-2235-new-partnerships-scaling-120-innovative-projects-tackle-coronavirus-challenges-2020-jun-03\\_de](https://ec.europa.eu/info/news/european-commission-euvsvirus-matchathon-sets-world-record-2235-new-partnerships-scaling-120-innovative-projects-tackle-coronavirus-challenges-2020-jun-03_de)

### **Kommission; EU-Agentur startet wöchentlichen Report zur aktuellen Entwicklung der COVID-19-Pandemie**

Das Europäische Zentrum zur Prävention und Kontrolle von Krankheiten (ECDC) bietet nun einen wöchentlichen COVID-19 Report. Dieser soll einen Überblick über die aktuelle Entwicklung der Pandemie in der EU, GBR und den weiteren Mitgliedern des europäischen Wirtschaftsraums bieten. Gegenstand sind neben den Fallzahlen auch die geographische Streuung, die schwere der Ausbrüche und die Gruppen der am meisten Betroffenen.

<https://www.ecdc.europa.eu/en/covid-19/surveillance/weekly-surveillance-report>



### **Kommission; COVID-19: EU-Studie zum geschlechterspezifischen Einfluss**

Unter dem Vorsitz von Sabine Oertelt-Prigione, Professorin für Gendermedizin, wurde am 27.05.2020 eine EU-geförderte Studie zum Einfluss der Geschlechterzugehörigkeit in der COVID-19 Pandemie veröffentlicht. Schwerpunkte der von der Horizont-2020 Expertengruppe vorgenommenen Untersuchung waren u.a. geschlechterspezifische Unterschiede bei der Immunantwort der Patienten sowie entsprechende Risikofaktoren. Erste Erkenntnisse zeigen hierbei, dass Frauen über eine bessere Virusabwehr verfügen, aber sich wohl öfters eine Infektion zuziehen und stärkere Nebenwirkungen bei den eingesetzten Medikamenten erfahren. Neben medizinischen Indikatoren beleuchtet die Studie auch soziale Fragestellungen, wie den Arbeitsmarkt und das Risiko für häusliche Gewalt. Datenerhebungen, Schutzmaßnahmen und Präventionskampagnen müssten demnach die Geschlechterunterschiede und daraus erwachsende Konsequenzen stärker berücksichtigen. Dies reiche vom Design der Schutzausrüstung über die Informationsaufbereitung bis hin zur nachhaltigen Ausrichtung der Instrumente zur Arbeitsmarktbelebung.

<https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/4f419ffb-a0ca-11ea-9d2d-01aa75ed71a1/language-en>

### **EuRH; Neuer Fokus auf öffentlicher Gesundheit und Maßnahmen zu COVID-19**

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) hat am 28.05.2020 sein aktualisiertes Arbeitsprogramm für 2020 vorgestellt. Neue Schwerpunkt der diesjährigen Prüfungsarbeit werden demnach die Beiträge der EU zur öffentlichen Gesundheit und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen als Reaktion auf die COVID-19-Pandemie darstellen. Mit der Anpassung seiner Prüfungsarbeit und Analysen möchte der EuRH der mit der Pandemie verbundenen Herausforderungen Rechnung tragen und einen Beitrag zum öffentlichen Diskurs über die Bewältigungsmaßnahmen leisten.

[https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/WP2020\\_REVISED/WP2020\\_REVISED\\_EN.pdf](https://www.eca.europa.eu/Lists/ECADocuments/WP2020_REVISED/WP2020_REVISED_EN.pdf)

### **Kommission; Angepasster Verordnungsvorschlag für Europäischen Sozialfonds**

Am 28.05.2020 hat die Kommission einen im Hinblick auf die Corona-Pandemie angepassten Verordnungsvorschlag zum Europäischen Sozialfonds Plus für die kommende Förderperiode vorgestellt. Maßgebliche Änderungen sind: Die Erhöhung der Jugendquotierung (15-29-Jährige) der Maßnahmen von 10% auf 15%, eine Adressierung von 5% der Mittel zur Bekämpfung von Kinderarmut, die Einführung eines Mechanismus als Vorsichtsmaßnahme für künftige Krisen sowie die Herausnahme des Bereiches Gesundheit in eine separate Förderstruktur.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about\\_the\\_european\\_commission/eu\\_budget/com\\_2020\\_447\\_en\\_act\\_9.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/com_2020_447_en_act_9.pdf)

## Außen- und Verteidigungspolitik

### **Kommission; Serbien erhält weitere EU-Vorbereitungshilfen**

Die EU hat am 29.05.2020 ein neues Heranführungshilfepaket für Serbien im Wert von mehr als 70 Mio. EUR unterzeichnet. An der virtuellen Unterzeichnungszeremonie nahmen EU-Nachbarschaftskommissar Olivér Várhelyi und der serbische Präsident Aleksandar Vučić teil. Mit Serbien als EU-Beitrittskandidat laufen seit dem 21.01.2014 Beitrittsverhandlungen. Bei dem Heranführungshilfepaket handelt es sich um die erste Finanzausstattung des Instruments für Heranführungshilfe (IPA) 2020 der EU. Dies ist ein Finanzierungsinstrument der EU für die Heranführung von Beitrittskandidaten oder

potenziellen Beitrittskandidaten an die EU. Serbien soll damit vor allem bei der Übernahme des gesamten gemeinschaftlichen Rechts der EU unterstützt werden. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung des Landes. Für den wirtschaftlichen Aufschwung sollen 30 Mio. EUR bereitgestellt werden. Die Unterstützung durch Zuschüsse soll vor allem Kleinunternehmen, Start-ups und Organisationen zur Unternehmensförderung in den weniger entwickelten Regionen Serbiens zu Gute kommen. Ziel ist es, Beschäftigung, Innovation und wirtschaftliche Entwicklung auf lokaler Ebene zu fördern. Außerdem sollen nach der Coronavirus-Krise die Kapazitäten für die Überwachung und Reaktion auf ansteckende Krankheiten gestärkt werden.

[https://ec.europa.eu/germany/news/20200529-serbien-vorbeitritthilfen\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/20200529-serbien-vorbeitritthilfen_de)

### **Rat; EU unterstützt Friedensprozess in Afghanistan**

Der Rat nahm am 29.05.2020 Schlussfolgerungen zum Friedensprozess in Afghanistan und zur künftigen Unterstützung der EU für den Frieden und die Entwicklung in Afghanistan an. Der Rat bekräftigt seine Unterstützung des afghanischen Volks auf seinem Weg zu Frieden, Sicherheit, Stabilität, Demokratie und Wohlstand. Die EU verurteilt die Angriffe auf humanitäre und medizinische Einsatzkräfte und Einrichtungen und fordert zu einem sofortigen humanitären Waffenstillstand auf. Die EU erklärt sich in den Schlussfolgerungen weiterhin bereit, in Zusammenarbeit und Komplementarität mit den Vereinten Nationen, der NATO und den regionalen Partnern, alle verfügbaren Instrumente zu nutzen, um zur Stabilisierung des Landes, zu institutionellen Reformen und zum Aufbau von Kapazitäten auch in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung beizutragen, gestützt auf die Grundsätze der demokratischen Staatsführung und auf die Menschenrechte. Die EU hat vor, ihre künftige politische und finanzielle Unterstützung davon abhängig machen, dass die demokratischen und auf Werten basierenden Grundsätze geschützt und stärker gefördert werden.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-8223-2020-COR-1/en/pdf>

### **Kommission; Rat; Partnerschaft EU-Japan**

Kommissionspräsidentin von der Leyen, Ratspräsident Michel und der japanische Premierminister Abe haben sich am 26.05.2020 in einer Videoschleife über die Krisenreaktion und über die Lehren aus der Coronavirus-Pandemie ausgetauscht. In einer gemeinsamen Presserklärung bekannten sich die EU und Japan zu globaler Solidarität, Zusammenarbeit und effektivem Multilateralismus. Sie bekräftigten auch ihr Engagement für die strategische Partnerschaft zwischen Japan und der EU. Weiterhin haben sie vor, eine robuste wirtschaftliche Erholung sicherzustellen und nachhaltigere, integrativere und widerstandsfähigere Volkswirtschaften im Einklang mit der Agenda 2030, den Zielen der nachhaltigen Entwicklung und dem Pariser Abkommen wiederaufzubauen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_942](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_942)

### **Kommission; Hilfe für Menschen aus Venezuela und die Region mobilisiert**

Am 26.05.2020 beriefen die EU und die spanische Regierung mit Unterstützung des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) eine internationale Geberkonferenz ein, um Hilfe für venezolanische Flüchtlinge und Migranten sowie die Länder in der Region zu mobilisieren. Nach Angaben der Kommission sei es gelungen, Hilfgelder in Höhe von 2,544 Mrd. EUR zu mobilisieren, darunter 595 Mio. EUR an Zuschüssen, von denen die EU 231,7 Mio. EUR bereitstelle. Die Kommission habe humanitäre Soforthilfe und Entwicklungshilfe in Höhe von 144,2 Mio. EUR zugesagt und die Europäische Investitionsbank zusätzliche Darlehen für die Region in Höhe von 400

Mio. EUR. Die Entwicklungshilfe solle zur Förderung der sozioökonomischen Integration venezolanischer Migranten und Geflüchteter sowie zur Unterstützung ihrer Aufnahmegemeinschaften dienen, auch im Hinblick auf die Folgen der COVID-19-Pandemie. Mit den Geldern für humanitäre Hilfe sollen Soforthilfemaßnahmen in der Region in den Bereichen Gesundheit, Schutz, Ernährung, Bildung, Wasser- und Sanitärversorgung sowie psychosoziale Unterstützung finanziert werden.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_922](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_922)

## Ausschuss der Regionen

### **AdR; COTER-Fachkommissionsitzung**

Am 28.05.2020 fand per Videokonferenz eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds statt. Dabei wurden die Erfahrungen aus den Regionen zum Thema „Die Lage im Zusammenhang mit COVID-19 und ihre Folgen für die Kohäsionspolitik und den Mehrjährigen Finanzrahmen“ ausgetauscht.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=2164746&meetingSessionId=2204653>

### **AdR; EU-Studie zu Integration in Mittel- und Kleinstädten sowie im ländlichen Raum**

Der Ausschuss der Regionen veröffentlichte eine Studie zum Thema Integration in Mittel- und Kleinstädten sowie im ländlichen Raum. Diese wurde vom Britischen Institut für internationales und vergleichendes Recht durchgeführt und untersuchte entsprechende Maßnahmen in 15 Städten, darunter im hessischen Hofheim. Die Ergebnisse zeigen, dass Migration für Klein- und Mittelstädte Vorteile z.B. bei der demographischen Entwicklung und der Sicherstellung der Grundversorgung bringen. Umgekehrt profitieren Migranten dort vom Zugang zu engeren Netzwerken und der stärkeren Interaktion mit der Bevölkerung. Die Studie hebt jedoch hervor, dass EU-Fördermittel aufgrund fehlender personeller Ressourcen für entsprechende Kommunen oft schwerer zu erschließen sind.

<https://cor.europa.eu/en/engage/studies/Documents/Integration%20of%20Migrants.pdf>

## Wirtschaft

### **EuGH; Softwareüberlassung im Rahmen einer öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit ohne Ausschreibung möglich**

Der EuGH hat in seinem Urteil vom 28.05.2020 in der Rechtssache C-796/18 entschieden, dass eine kombinierte Vereinbarung, die einerseits regelt, dass sich die Parteien eine Software wechselseitig kostenfrei überlassen und andererseits eine Kooperation dergestalt vorsieht, dass die Parteien auch etwaige künftige Weiterentwicklungen der Software untereinander kostenfrei bereitstellen, einen „öffentlichen Auftrag“ im Sinne des Artikel 2 Abs. 1 Nr. 5 der Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe darstellt und damit grundsätzlich ausschreibungspflichtig ist. Die Ausschreibungspflicht bei einer solchen Kombination aus Softwareüberlassung und -kooperation entfällt aber ausnahmsweise im Rahmen einer öffentlich-öffentlichen Zusammenarbeit, wenn dadurch kein privates Unternehmen bessergestellt wird als seine Wettbewerber. In dem Fall, der dem EuGH zur Vorabentscheidung vorlag, hatte das Land Berlin der Stadt Köln die

Einsatzleitsoftware im Rahmen einer Kooperation unentgeltlich zur Nutzung überlassen. Hiergegen wehrte sich ein Konkurrent des Herstellers mit dem Argument, die Stadt Köln hätte die Beschaffung der Software ausschreiben müssen. Der EuGH entschied dazu nun, dass öffentliche Auftraggeber auch bei untergeordneten („akzessorischen“) Tätigkeiten wie einer Software zusammenarbeiten dürfen, obwohl sie die eigentliche öffentliche Aufgabe (Brandbekämpfung durch die Feuerwehr) getrennt voneinander erbringen. Die abschließende Entscheidung im Ausgangsrechtsstreit trifft nun das Oberlandesgericht Düsseldorf.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?language=de&td=ALL&num=C-796/18>

### **Kommission; Konsultation zur Verlängerung der Regelungen von De-minimis-Beihilfen bis 2023**

Die Kommission hat einen Fahrplan über die Verlängerung der Verordnung über die Anwendung der Artikel 107 und 108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen bis 2023 veröffentlicht. Bei De-minimis-Beihilfen handelt es sich um staatliche Unterstützungen für Unternehmen, die aufgrund ihrer geringfügigen Förderbeträge nicht von der Kommission genehmigt werden müssen. Die derzeitigen Regelungen laufen im Dezember 2020 aus. Stellungnahmen sind bis zum 13.07.2020 möglich.

[https://ec.europa.eu/info/\\_law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12375-Prolongation-of-the-Regulation-on-de-minimis-State-aid-to-undertakings-providing-services-of-general-economic-interest](https://ec.europa.eu/info/_law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12375-Prolongation-of-the-Regulation-on-de-minimis-State-aid-to-undertakings-providing-services-of-general-economic-interest)

### **EuG; Versagung der Genehmigung der Übernahme von Telefónica UK durch Hutchison 3G UK nichtig**

Am 28.05.2020 erklärte das Europäische Gericht (EuG) in der Rechtssache T-399/16 den Beschluss der Kommission vom 11.05.2016 für nichtig, mit dem die Genehmigung für die geplante Übernahme von Telefónica UK durch Hutchison 3G UK (im Folgenden: Three) im Mobilfunkmarktsektor versagt wurde. Der Kommission seien bei der Prüfung des geplanten Zusammenschlusses nach der Fusionskontrollverordnung mehrere Rechts- und Beurteilungsfehler unterlaufen. So habe die Kommission negative Auswirkungen für den Verbraucher weder rechtlich noch nach Maßgabe der Beweisanforderungen bewiesen. Die von der Kommission vorgenommene Prüfung beruht auf der Annahme, dass die Übernahme den Wettbewerb zwischen zwei starken Akteuren auf dem GBR-Mobilfunkmarkt beseitigen würde. Zusammen wären die beiden mit einem Anteil von etwa 40% Marktführer. Diese quantitative Betrachtung belege nicht, dass sich die Preise mit hinreichend hoher Wahrscheinlichkeit wesentlich erhöhen würden. Ferner habe die Kommission auch nicht nachgewiesen, dass die Übernahme die gemeinsame Netznutzung beeinträchtigen würde. Schließlich rechtfertigten weder die von Three gehaltenen Vorleistungsmarktanteile noch deren Steigerung in jüngerer Zeit, Three „als wichtige Wettbewerbskraft“ einzustufen. Damit könne nicht das Vorliegen einer erheblichen Behinderung wirksamen Wettbewerbs festgestellt werden.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?num=T-399/16>

### **Kommission; Kontrolle der geplanten Übernahme von Transat durch Air Canada**

Die Kommission hat am 25.05.2020 ein Verfahren zur eingehenden Prüfung der geplanten Übernahme von Transat durch Air Canada eingeleitet. Klärungsbedarf besteht hinsichtlich der Frage, ob die Übernahme den Wettbewerb im Passagierluftverkehr zwischen dem Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und Kanada beeinträchtigen, zu höheren Preisen, Qualitätseinbußen oder einer geringeren Auswahl bei Transatlantikreisen führen könnte. Für Linienpassagierflüge zwischen dem EWR und Kanada sind Air Canada und Transat die größten Anbieter. Ihre Netze umfassen zusammen 29 Strecken zwischen Europa und Kanada. Hinsichtlich

Direktflügen auf diesen Strecken stehen beide Anbieter im Wettbewerb. Regelmäßig benutzt werden diese Strecken von Fluggästen aus folgenden zehn EWR-Ländern: BEL, FRA, GRI, IRL, ITL, KRO, NDL, PTL, ESP und GBR. Der Zusammenschluss wurde inmitten der COVID-19-Krise zur Genehmigung angemeldet. Da der Luftverkehr von der COVID-19-Krise stark betroffen ist, sei es für eine Rückkehr zu gesunden Marktbedingungen besonders wichtig, dass die Märkte weiterhin wettbewerbsorientiert sind. Die Kommission muss nun bis zum 30.09.2020 einen Beschluss erlassen.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_934](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_934)

### **EuGH; Keine vergaberechtsfreie Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften bei einseitiger Leistungserbringung gegen Entgelt**

Der EuGH hat am 04.06.2020 in der Rechtssache C-429/19 entschieden, dass keine vergaberechtsfreie Zusammenarbeit zwischen öffentlichen Auftraggebern besteht, wenn sich der einzige Beitrag einer der Parteien auf die Erstattung von Kosten beschränkt. Ein solcher Sachverhalt falle nicht unter den Ausschlussstatbestand des Artikel 12 Abs. 4 der Richtlinie 2014/24/EU über die öffentliche Auftragsvergabe und zur Aufhebung der Richtlinie 2004/18/EG. Nach Auffassung des EuGH beruht eine Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen des öffentlichen Sektors auf einer gemeinsamen Strategie der Partner dieser Zusammenarbeit. Die öffentlichen Auftraggeber müssten ihre Anstrengungen zur Erbringung von öffentlichen Dienstleistungen bündeln. Diese Voraussetzung könne nicht als erfüllt angesehen werden, wenn sich der einzige Beitrag bestimmter Vertragspartner auf eine bloße Erstattung von Kosten beschränke. In dem Fall, der dem EuGH zur Vorabentscheidung vorlag, hatte der Abfallzweckverband Rhein-Mosel-Eifel (Mitglieder sind die Landkreise Mayen-Koblenz, Cochem-Zell und die kreisfreie Stadt Koblenz) den Landkreis Neuwied im Rahmen einer Zweckvereinbarung damit beauftragt, in seiner mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage Linkenbach auch Restabfälle des Zweckverbands zu behandeln. Der Abfallentsorger Remondis beanstandete vor dem Oberlandesgericht Koblenz, dass es sich mangels eines kooperativen Konzepts nicht um eine vergaberechtsfreie Kooperation zwischen Auftraggebern handele. Vielmehr handele es sich um eine Leistung gegen Entgelt, mithin um einen ausschreibungspflichtigen öffentlichen Auftrag.

<http://curia.europa.eu/juris/liste.jsf?num=C-429/19>

### **Rat; Raumfahrtsektor wichtig für Wirtschaftswachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der EU**

Am 29.05.2020 haben die für Raumfahrtspolitik zuständigen Minister im Rahmen einer Videokonferenz die Rolle des Raumfahrtsektors bei dem Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft diskutiert. Dabei wurde die Nutzung von Weltraumdaten, -dienstleistungen und -technologien zur Förderung einer grünen und nachhaltigen Erholung der Wirtschaft nach der COVID-19-Krise erörtert. Besprochen wurde außerdem der positive Effekt der Nutzung von EU-Weltraumdaten und -dienstleistungen für die Wirtschaftserholung nach der Pandemie und die Rolle der Raumfahrttechnologie und -infrastruktur im Kontext einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Der Raumfahrtsektor sei insgesamt eine Chance für Wirtschaftswachstum und unterstütze die Wettbewerbsfähigkeit und Widerstandsfähigkeit der EU. Die Minister betonten daher, dass der Übergang zu einer nachhaltigen und klimaneutralen Wirtschaft trotz der COVID-19-Krise eine Priorität bliebe.

<https://eu2020.hr/Home/OneNews?id=313>

## Energie

### **Kommission; Gelegenheit zur Stellungnahme hinsichtlich EU-Wasserstoffstrategie**

Am 26.05.2020 hat die Kommission einen Fahrplan für eine EU-Wasserstoffstrategie veröffentlicht und bietet bis zum 08.06.2020 Gelegenheit zur Stellungnahme. Die Kommission hat sich für eine separate Strategie für Wasserstoff entschieden. Ursprünglich war geplant, Wasserstoff innerhalb der für das zweite Quartal 2020 geplanten Strategie zur Integration der Energiesysteme zu thematisieren. Der Umstand, dass der für energieintensive Industrien ohnehin bedeutungsvolle Wasserstoff angesichts seiner Schlüsselrolle im Wiederaufbau der Wirtschaft und im Green Deal an Bedeutung gewonnen habe, rechtfertigt eine individuelle Behandlung. Beide Regelungskomplexe, also die Wasserstoffstrategie und die Strategie zur Integration der Energiesysteme, sollen jedoch aufeinander abgestimmt werden. Die Wasserstoffstrategie setzt sich damit auseinander, welchen Beitrag umweltfreundlich erzeugter Wasserstoff zu einer kosteneffizienten Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen der EU-Wirtschaft leisten kann. Außerdem werden Möglichkeiten für die umweltfreundliche Erzeugung und die vielseitige Nutzung von erneuerbarem Wasserstoff beleuchtet.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12407-A-EU-hydrogen-strategy>

## Digital

### **Kommission; Konsultation zum „Digital Services Act“**

Die Kommission hat am 02.06.2020 eine öffentliche Konsultation zum geplanten Gesetz für digitale Dienste (sog. Digital Services Act) eingeleitet. Das neue Gesetz soll den EU-Rechtsrahmen für digitale Dienste reformieren und insbesondere die Verantwortlichkeit von Plattformen erhöhen. Es wird zwei Elemente aufweisen: Eine Überarbeitung der Richtlinie 2000/31/EG über den elektronischen Geschäftsverkehr (sog. eCommerce-Richtlinie) und ein neues ex-ante Instrument für Plattformen mit großer Marktmacht (sog. Gatekeeper). Die eCommerce-Richtlinie gilt nach 20 Jahren als reformbedürftig. Aspekte der Reform werden ausweislich des Fragebogens der Konsultation das Haftungsregime, Online-Werbung und sog. intelligente Verträge (sog. smart contracts) sowie die Governance des digitalen Binnenmarktes sein. Die Konsultation befasst sich außerdem mit Fragen der Selbstständigkeit und Arbeitnehmern von Plattformen. Das neue ex-ante Instrument soll den Problemen begegnen, die durch eine sehr große Marktmacht weniger Plattformen entstehen. Die Kommission will durch eine neue Verordnung ein „fair trading environment“ herstellen, also ein gerechtes Geschäftsumfeld. Die öffentliche Konsultation endet am 08.09.2020. Zusätzlich hat die Kommission erste Folgenabschätzungen zu den beiden Elementen der Initiative veröffentlicht. Auch diese können kommentiert werden; die Frist dafür läuft bis zum 30.06.2020.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_962](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_962)

### **Kommission; Konsultation über neues Wettbewerbstool für den digitalen Binnenmarkt**

Die Kommission hat am 02.06.2020 eine Konsultation zu einem möglichen neuen EU-Wettbewerbsinstrument, mit dem strukturellen Wettbewerbsproblemen im digitalen Binnenmarkt frühzeitig begegnet werden kann, eingeleitet. Das neue Legislativinstrument soll komplementär zu dem geplanten Gesetz über digitale Dienste

sein. Die Kommission ist der Auffassung, dass bestimmte strukturelle Risiken für den Wettbewerb bestehen, wie z. B. Markt-Tipping, die von den geltenden EU-Wettbewerbsregeln nicht erfasst werden. Nach den Überlegungen der Kommission soll das neue Instrument es ermöglichen, Unternehmen verhaltensbezogene und gegebenenfalls strukturelle Abhilfemaßnahmen aufzuerlegen, wenn im Rahmen einer eingehenden Marktuntersuchung ein strukturelles Wettbewerbsproblem festgestellt wird. Die öffentliche Konsultation läuft bis zum 08.09.2020. Der ebenfalls am 02.06.2020 vorgelegte Fahrplan mit weiteren Details zum geplanten Vorschlag und der ersten Folgenabschätzung kann noch bis zum 30.06.2020 kommentiert werden. [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_20\\_977](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_977)

## F o r s c h u n g

### **Kommission; Horizont 2020; Marie Skłodowska-Curie Aktionen**

Am 26.05.2020 gab die Kommission 147 Forschungsnetzwerke bekannt, die in diesem Jahr unter dem Programm „Marie Skłodowska-Curie Actions“ (MSCA) als Innovative Training Networks (ITNs) mit einem Gesamtvolumen von 530 Mio. EUR gefördert werden. Damit profitieren insgesamt 1.373 beteiligte Organisationen, darunter 158 kleine und mittlere Unternehmen, und ca. 2.000 Doktoranden von diesem Forschungsförderprogramm der EU, das in der 1. Säule (Wissenschaftsexzellenz) von Horizont 2020 angesiedelt ist und die Entwicklung von exzellenten Nachwuchswissenschaftlern fördert. 22 der Netzwerke kommen aus DEU. Die TU Darmstadt war mit zwei Projekten (aus den Bereichen Chemie und IT) erfolgreich. Es wurde auch bekanntgegeben, dass die ebenfalls unter MSCA geförderte alljährliche European Researchers' Night aufgrund der Coronavirus-Krise von dem 25.09.2020 auf den 27.11.2020 verschoben wird.

<https://ec.europa.eu/research/mariecurieactions/news/ITN-2020-call-results>

### **Rat; Plädoyer für Forschungsrahmenprogramm**

Am 29.05.2020 fand ein informeller Forschungsrat per Videokonferenz unter dem Vorsitz von KRO statt. Die Forschungsminister führten einen Gedankenaustausch über die Rolle, die der Bereich Forschung und Innovation (FuI) bei der Erholung der EU nach der COVID-19-Pandemie spielen kann. Die Forschungsminister betonten, wie wichtig es sei, in Forschung und Innovation zu investieren, und dass es notwendig ist, zusammenzuarbeiten, um Lösungen zur Bekämpfung der Pandemie zu finden. Auf Initiative des Vorsitzes beteiligten sich an der Schaltkonferenz als Gastredner zwei renommierte Wissenschaftler, Peter Piot, wissenschaftlicher Berater der Präsidentin der Kommission, und Igor Rudan, Professor von der Universität Edinburgh. Die Minister wiesen im Lichte der Neuverhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027 auf die Relevanz des künftigen Rahmenprogramms für Forschung und Innovation – Horizont Europa – hin. In diesem Zusammenhang erinnerten die Minister daran, dass es notwendig sei, die Komplementarität und Synergien mit anderen EU-Programmen sicherzustellen sowie zusätzliche Investitionen in die Forschung auf der regionalen, nationalen und EU-Ebene zu ermöglichen. Viele Minister betonten, dass Forschung und Innovation im Erholungsplan der Kommission (Recovery Plan) die Schlüsselrolle spielen, um zu den Zielen des Europäischen Grünen Deals beizutragen, die Zusammenarbeit mit den KMUs zu stärken und die internationale Zusammenarbeit zu fördern und auszuweiten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/compet/2020/05/29/research/>

## **Kommission; Leistungsbericht der EU**

Die Kommission hat am 27.05.2020 ihren zweijährlichen Bericht über die Leistung Europas in den Bereichen Wissenschaft, Forschung und Innovation veröffentlicht, in welchem die diesbezügliche Stellung Europas im globalen Kontext analysiert wird. Die EU liegt laut dem Bericht bei der wissenschaftlichen Produktion und Exzellenz im Spitzenfeld, was u. a. an dem hohen Anteil an Veröffentlichungen zu den Themen Klima und Bioökonomie sowie an den Patentanmeldungen festgemacht wird. So würden beispielsweise 25% der am häufigsten zitierten wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Thema Klima in der EU verfasst, im Bereich Bioökonomie seien es 27%. Auch bei Patentanmeldungen in diesen beiden Gebieten sei die EU mit 24% beim Thema Klima und mit 25% in der Bioökonomie führend. Dennoch seien weitere Anstrengungen erforderlich, um Forschungsergebnisse in nachhaltige marktfähige Lösungen umzuwandeln. Der Bericht hebt die herausragende Rolle von Forschung und Innovation (FuI) für ein nachhaltiges und inklusives Wachstum, für die Vermittlung von Kompetenzen in einer technisierten Welt, den ökologischen und digitalen Wandel sowie die nachhaltige Steigerung der Produktivität von Unternehmen hervor. Der Bericht enthält elf politische Empfehlungen zum Schutz der Menschen, des Planeten und des Wohlstands.

[https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/srip/2020/ec\\_rtd\\_srip-2020-report.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/srip/2020/ec_rtd_srip-2020-report.pdf)

## Finanzdienstleistungen

### **Kommission; Aufsichtsbehörde veröffentlicht Risikoeinschätzung für Versicherungsbranche**

Die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA) hat ihre Risikovoraussage für den Versicherungssektor veröffentlicht. Dieser basiert auf den Zahlen des letzten Quartals 2019, versucht aber die aktuelle Entwicklung mit einzubeziehen. Trotz der stabilen Zahlen aus dem letzten Jahr sieht sie den Sektor dabei aufgrund wegfallender Einnahmen sowie sinkender Kreditwürdigkeit doppelt von der Krise betroffen. Das Risk Dashboard basiert dabei auf den Datensätzen aus Solvency II und soll stets die aktuelle Finanzlage der Branche abbilden.

<https://www.eiopa.europa.eu/tools-and-data/risk-dashboard>

## Finanzen

### **Kommission; Neuer Vorschlag für den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027 und den Wiederaufbaufonds**

Die Kommission hat am 27.05.2020 ihren aktualisierten Vorschlag für den Mehrjährigen EU-Finanzrahmen 2021-2027 (MFR) vorgestellt. Insgesamt umfasst der Vorschlag ein Volumen von 1,1 Bio. EUR für den regulären MFR ab 2021. Hinzu kommt ein neues Konjunkturbelebungsinstrument mit der Bezeichnung „EU der nächsten Generation“, das mit 750 Mrd. EUR ausgestattet ist. Von den 750 Mrd. EUR sollen 500 Mrd. EUR in Form von Zuschüssen und 250 Mrd. EUR in Form von Darlehen an die Mitgliedstaaten weitergeleitet werden. Aufgebracht werden soll der Betrag indem die EU die Eigenmittelobergrenze vorübergehend auf 2,0% des EU-Bruttonationaleinkommens anhebt, so dass die Kommission ihre starke Bonität nutzen kann, um 750 Mrd. EUR auf den Finanzmärkten aufzunehmen. Zurückgezahlt werden sollen die aufgenommenen Mittel über künftige EU-Haushalte zwischen 2028 und



2058. Die den Mitgliedstaaten gewährten Zuschüsse sind für Investitionen in europäische Prioritäten wie die Stärkung des digitalen Binnenmarkts, den Europäischen Green Deal und die Widerstandsfähigkeit der Wirtschaft bestimmt.

<https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/communication-europe-moment-repair-prepare-next-generation.pdf>

### **EuGH; Unionsgerichte sind nicht für die Entscheidung über Schadensersatzklagen gegen die EUR-Gruppe zuständig**

Am 28.05.2020 stellte der zuständige Generalanwalt in den verbundenen Rechtssachen C-597/18, C-598/18, C-603/18 und C-604/18 seine Schlussanträge. Dabei sind die zentralen Fragen, ob die EUR-Gruppe als „Organ“ im Sinne des Unionsrechts eingestuft werden kann und ob die Unionsgerichte daher für Schadensersatzklagen gegen die EUR-Gruppe zuständig sind. Um zu prüfen, ob die EUR-Gruppe als „Organ der Union“ angesehen werden kann, ist nach Ansicht des Generalanwalts die Rechtsnatur dieses Gebildes und seine Stellung im institutionellen Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion zu untersuchen. In Bezug auf ihre Aufgaben sowie ihre konkrete Funktionsweise sei der Einfluss der EUR-Gruppe rein politisch. Im Hinblick auf ihre Rechtsnatur und ihre konstitutionelle Einordnung fungiere die EUR-Gruppe als „Brücke“ zwischen der nationalen Ebene, der Unionsebene und der außerhalb des Unionsrechts befindlichen zwischenstaatlichen Ebene. Insoweit seien die Unionsgerichte nicht für Schadensersatzklagen gegen dieses Gebilde zuständig. Wegen des Grundsatzes des wirksamen gerichtlichen Rechtsschutzes schließe jedoch der Umstand, dass die EUR-Gruppe nicht als Organ im Sinne des Unionsrechts eingestuft werde, die Verantwortung der Union nicht aus.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-05/cp200064de.pdf>

### **Rat; Billigung der Schlussfolgerungen zur künftigen Verwaltungszusammenarbeit und zur Tabaksteuer**

Am 02.06.2020 hat der Rat Schlussfolgerungen mit politischen Leitlinien und Prioritäten für weitere Reformen zur künftigen Entwicklung der Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden im Bereich der Besteuerung in der EU sowie zu der Struktur und den Sätzen der Verbrauchsteuern auf Tabakwaren beschlossen. Die Verwaltungszusammenarbeit erleichtert den nationalen Steuerbehörden die Steuererhebung und die Sicherung von Steuereinnahmen. Eine enge Zusammenarbeit der entsprechenden Stellen ist für die Aufdeckung und Eindämmung von Steuerbetrug von entscheidender Bedeutung. Im Bereich der Besteuerung von Tabakwaren wurde festgestellt, dass die derzeitigen Bestimmungen der Richtlinie 2011/64/EU weniger wirksam geworden sind, da sie entweder nicht mehr ausreichen oder zu eng gefasst sind, um den derzeitigen und künftigen Herausforderungen in Bezug auf einige Produkte, wie Flüssigkeiten für E-Zigaretten, erhitzte Tabakerzeugnisse und andere Arten von Produkten der nächsten Generation, die auf den Markt kommen, zu begegnen. Daher beauftragte der Rat die Kommission entsprechende Legislativvorschläge vorzulegen.

[https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/06/02/taxation-council-approves-conclusions-on-future-administrative-cooperation-and-excise-duty-on-tobacco/?utm\\_source=dsms-auto&utm\\_medium=email&utm\\_campaign=Taxation:+Council+approves+conclusions+on+future+administrative+cooperation+and+excise+duty+on+tobacco](https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/06/02/taxation-council-approves-conclusions-on-future-administrative-cooperation-and-excise-duty-on-tobacco/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Taxation:+Council+approves+conclusions+on+future+administrative+cooperation+and+excise+duty+on+tobacco)

### **EZB; Umfang des Pandemie-Notfallankaufprogramms (PEPP) wird um 600 Mrd. EUR aufgestockt**

Der Rat der Europäischen Zentralbank (EZB) hat in seiner Sitzung am 04.06.2020 verschiedene geldpolitische Entscheidungen getroffen. Die Mittelausstattung für das

Pandemie-Notfallankaufprogramm (PEPP) wird um 600 Mrd. EUR auf insgesamt 1.350 Mrd. EUR erhöht und der Zeithorizont bis mindestens Ende Juni 2021 verlängert. Die Nettokäufe im Rahmen des Programms zum Erwerb von Vermögenswerten (APP) werden in einem Umfang von monatlich 20 Mrd. EUR zusammen mit den Käufen im Rahmen des zusätzlichen vorübergehenden Finanzrahmens von 120 Mrd. EUR bis Ende des Jahres fortgesetzt. Der Zinssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität bleiben unverändert bei 0,00%, 0,25% bzw. -0,50%. Der EZB-Rat geht davon aus, dass die Leitzinsen der EZB auf ihrem gegenwärtigen oder niedrigeren Niveau bleiben werden, bis die Inflationsaussichten robust auf ein Niveau konvergieren, das ausreichend nahe bei, aber unter 2% liegt und sich diese Konvergenz konsequent in der zugrunde liegenden Inflationsdynamik widerspiegelt.

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2020/html/ecb.mp200604~a307d3429c.de.html>

## S o z i a l e s

### **EuGH; Generalanwalt legt Schlussanträge zu Entsendungsrichtlinie vor**

Am 28.05.2020 hat der Generalanwalt seine Schlussanträge in der Rechtssache C-620/18 und C-626/18 zu den durch HUN und POL erhobenen Nichtigkeitsklagen in Bezug auf die Änderungsrichtlinien zur Entsendung von Arbeitnehmern vorgelegt. Geklagt hatten POL und HUN gegen die 2018 vorgenommenen Änderungsrichtlinien zur Entsendung von Arbeitnehmern. Diese umfassten eine grundsätzliche Angleichung sozial- und arbeitsrechtlicher Ansprüche entsandter Arbeitnehmer an die Rechtsvorschriften des Aufnahmestaates. U.a. FRA hatte sich für eine solche Regelung zum Schutz vor Lohndumping ausgesprochen. Die beiden Visegrád-Staaten sahen darin jedoch einen Eingriff in die nationalen Mindestlohnregelungen und stellten die europäische Grundlage hierfür mit ihren Nichtigkeitsklagen in Frage. Aus Sicht des Generalanwalts erfüllen die vorgenommenen Änderungen jedoch die Anforderungen an die Rechtsgrundlage und stellten keinen Eingriff in die nationalen Regelungsbereiche dar, sondern dienten zur Koordination des konkurrierenden Arbeitsrechtes zwischen Aufnahme- und Herkunftsstaat.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2020-05/cp200063de.pdf>

### **Kommission; Beginn der Konsultation der Sozialpartner zum EU-Mindestlohn**

Die Kommission hat am 03.06.2020 die Konsultation der Sozialpartner zu gerechten Mindestlöhnen gestartet. Mit der Einbeziehung der Sozialpartner startet die Kommission die zweite Konsultationsphase zu gerechten Mindestlöhnen innerhalb der EU. Dabei handelt es sich um eine der legislativen Maßnahmen zur Umsetzung der sozialpolitischen Schwerpunktsetzung der von der Leyen-Kommission, die Anfang des Jahres unter dem Titel „Ein starkes soziales Europa für einen gerechten Übergang“ vorgestellt wurde. Den europapolitischen Bezugsrahmen stellt die von Juncker 2017 initiierte europäische Säule sozialer Rechte (ESSR) dar, zu deren Vollendung nun durch die Sicherstellung gerechter Entlohnung beigetragen werden soll. Bei der Einbeziehung der Sozialpartner handelt es sich um ein Erfordernis nach Artikel 154 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV), bevor die Kommission einen entsprechenden Legislativvorschlag unterbreiten kann. Nach jetzigem Stand soll dieser keinen EU-weiten Einheitslohn beinhalten, sondern den nationalen Traditionen wie Rechtsvorschriften und Tarifvereinbarungen Rechnung tragen. Die Konsultation läuft bis zum 04.09.2020. Mit einem Vorschlag der

Kommission ist im Rahmen der für Anfang 2021 vorgesehenen Vorstellung des Aktionsplans zur Umsetzung der ESSR auszugehen.

<https://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=22727&langId=de>

## Gesundheit und Verbraucherschutz

### **Kommission; EU-Agentur startet Erhebung zum Krebsrisiko am Arbeitsplatz**

Die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (OSHA) startet eine europaweite Erhebung zu Risikofaktoren für Krebs am Arbeitsplatz. Anlass ist die europäische Woche gegen Krebs (25.-31.05.2020). Ziel ist es, mit den erhobenen Daten ein umfassendes Bild aktueller Risiken zu erhalten, welches als Erkenntnisgrundlage für künftige Präventionsmaßnahmen dienen soll. Erste Ergebnisse werden für 2023 erwartet.

<https://osha.europa.eu/de/publications/worker-survey-exposure-cancer-risk-factors/view>

### **Kommission; EU-Institut für Innovation veröffentlicht Handbuch für effizienten Ressourceneinsatz in der Gesundheitsversorgung**

Das Europäische Institut für Innovation und Technologie (EIT) hat ein Handbuch für einen besseren Ressourceneinsatz in der Gesundheitsversorgung veröffentlicht. Ziel ist es, einen Beitrag zur Einsparung von finanziellen und materiellen Ressourcen zu leisten. Hintergrund sind Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und der Organisation für Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD), laut derer aktuell circa 30% der im Gesundheitswesen verwendeten Mittel durch nachhaltige Organisation eingespart werden könnten. Mit dem Handbuch und einer „Matrix zur Implementierung“ sollen messbare Erfolge erzielt werden können, die auf dem „Value-Based-Health-Care“ Ansatz basieren.

[https://eithealth.eu/wp-content/uploads/2020/05/Implementing-Value-Based-Healthcare-In-Europe\\_web-4.pdf](https://eithealth.eu/wp-content/uploads/2020/05/Implementing-Value-Based-Healthcare-In-Europe_web-4.pdf)

### **Kommission; EU-Bericht zu suchtmittelbezogenen Infektionskrankheiten**

Die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht (EMCDDA) hat einen Bericht zu suchtmittelbezogenen Infektionskrankheiten veröffentlicht. Dieser erfasst den aktuellen Sachstand auf europäischer Ebene bei suchtmittelinjizierenden Personen und wurde im Rahmen der European Testing Woche 2020 veröffentlicht. Der von einem Expertennetzwerk erstellte Bericht hebt die Bedeutung frühzeitiger Test- und Diagnoseverfahren hervor. Darüber hinaus sei die Anbindung der Suchtstellen an die Gesundheitsversorgung entscheidend, um die nachhaltigen Entwicklungsziele der UN im Bereich Gesundheit zu erreichen, welche die Eindämmung der AIDS-Epidemie und viralen Hepatitis bis 2030 anvisieren.

<https://www.emcdda.europa.eu/publications/technical-reports/drug-related-infectious-diseases-in-europe-update-from-emcdda-expert-network>

### **Kommission; Konsultationsbeginn zum Fahrplan der Pharmastrategie**

Die Kommission führt eine Konsultation zur Ausgestaltung der für Ende des Jahres vorgesehenen EU-Pharmastrategie durch. Mit der für das 4. Quartal vorgesehenen EU-Pharmastrategie möchte die Kommission die sichere sowie erschwingliche medizinische Versorgung mit Arzneimitteln für Patienten sicherstellen und zugleich Europa als innovativen Gesundheitsstandort fördern. Auch im Kontext der COVID-19-Pandemie soll hierbei die gesamte Wertschöpfungskette von der Forschung über die

Produktion und Marktzulassung bis hin zur Patientenversorgung ins Blickfeld genommen werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12421-Pharmaceutical-Strategy-Timely-patient-access-to-affordable-medicines>

## U m w e l t

### **EP; Beratungen zum EU-Klimagesetz**

Am 28.05.2020 stellte die schwedische Berichterstatterin Jytte Guteland (S&D/SWE) im Umweltausschuss des EP ihren Berichtsentwurf zum EU-Klimagesetz vor. Der Text verschärft den Vorschlag der Kommission in einigen Punkten deutlich. So schlägt die Berichterstatterin vor, bereits jetzt ein Klimaschutzziel für 2030 von 65% an Emissionsminderungen festzulegen. Die Kommission wird erst im Herbst nach einer Folgenabschätzung voraussichtlich ein Ziel zwischen 50-55% für 2030 vorschlagen. Darüber hinaus formuliert die Berichterstatterin ein Zwischenziel für 2040 von 80-85% und der Zielpfad soll unter Einbezug von EP und Rat festgelegt werden, anstatt durch delegierte Rechtsakte durch die Kommission. Der Berichtsentwurf sieht vor, dass nach 2050 der Abbau von Treibhausgasen die Emissionen übersteigt. Außerdem fordert die Berichterstatterin die Schaffung eines unabhängigen, beratenden, wissenschaftlichen Gremiums auf europäischer Ebene und Fahrpläne zur Zielerfüllung für die einzelnen Wirtschaftssektoren. In der Debatte zeigten sich insbesondere bei der Frage des Emissionsziels für 2030 unterschiedliche Positionen. Während Abgeordnete von EVP und ECR die Forderungen der Berichterstatterin als deutlich zu hoch kritisierten, unterstützten Abgeordnete von S&D, GUE und GRÜNEN die Forderungen der Berichterstatterin.

[https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014\\_2019/plmrep/COMMITTEES/ENVI/P R/2020/05-28/1204330DE.pdf](https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/ENVI/P R/2020/05-28/1204330DE.pdf)

### **EuGH; Klagerecht gegen Grundwasserbeeinträchtigung durch Straßenbauprojekt**

Der Europäische Gerichtshof (EuGH) verkündete am 28.05.2020 sein Urteil in der Rechtssache C-535/18. Er entschied, dass Personen, die Hausbrunnen zur privaten Wasserversorgung unterhalten oder ein öffentliches Wasserversorgungsnetz nutzen, das von dem betreffenden Vorhaben voraussichtlich betroffen ist, oder von diesem Vorhaben in anderer Weise besonders betroffen sind, unmittelbar von der Gefahr einer Verschlechterung der betreffenden Wasserkörper betroffen sind und sich somit auf die Wasserrahmenrichtlinie berufen und wegen der Verletzung des Verbots der Wasserverschlechterung Klage erheben können. Im Ausgangsfall haben verschiedene Anrainer des geplanten Neubaus der A 33/B 61 (Zubringer Ummeln), die enteignet werden sollen oder im Projektgebiet über einen Hausbrunnen zur privaten Trinkwasserversorgung verfügen, Klage gegen den Planfeststellungsbeschluss der Bezirksregierung Detmold erhoben. Durch diesen Beschluss erhielt der Projektträger die Erlaubnis, das auf den Straßenoberflächen anfallende Niederschlagswasser in drei Oberflächenwasserkörper bzw. in das Grundwasser einzuleiten. Das Bundesverwaltungsgericht hat den EuGH in diesem Zusammenhang um Auslegung der Richtlinie 2011/92 über die Umweltverträglichkeitsprüfung sowie der Wasserrahmenrichtlinie 2000/60 ersucht.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=226864&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=2125759>

## Landwirtschaft

### **Rat; Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten**

Der Rat hat am 26.05.2020 im Wege des schriftlichen Verfahrens Schlussfolgerungen zum Thema „Mehr Chancen für junge Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten“ angenommen. Darin wird anerkannt, dass der Altersdurchschnitt der EU-Bevölkerung insbesondere in ländlichen und abgelegenen Gebieten steigt. Andererseits wird die Verstädterung als eine der derzeit wichtigsten Triebkräfte des Wandels angesehen, die sich erheblich auf verschiedene Politikbereiche der EU auswirken wird. Diese Tendenzen führten dazu, dass in ländlichen und abgelegenen Gebieten die Verfügbarkeit und Zugänglichkeit von öffentlichen und kommerziellen Dienstleistungen, guten Arbeitsplätzen und hochwertiger Bildung, digitalen und physischen Infrastrukturen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Freizeitaktivitäten sichergestellt werden müssten. In den Schlussfolgerungen werden die Mitgliedstaaten ersucht, Ansätze zur Verringerung der Ungleichheiten zwischen städtischen und abgelegenen ländlichen Gebieten zu fördern und sektorübergreifende Maßnahmen zu entwickeln, die den Ansichten und Meinungen junger Menschen in ländlichen und abgelegenen Gebieten Rechnung tragen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/05/26/raising-opportunities-for-young-people-in-rural-and-remote-areas-the-council-adopts-conclusions/>

## Justiz

### **EP, Kommission; Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Anleihekäufen – Aussagen von Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová zu einem möglichen Vertragsverletzungsverfahren**

Im Rahmen einer Anhörung im Rechtsausschuss des EP (JURI) am 25.05.2020 hat die für Werte und Transparenz zuständige Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová auf Nachfrage von MdEP Axel Voss (EVP/DEU) zu möglichen Reaktionen der Kommission auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) Stellung bezogen. Sie führte aus, dass die Kommission ein Interesse daran habe, dass das europäische Gerichtssystem funktioniere und dass die EU-Organe ihre Mandate so ausüben können, wie sie in den europäischen Verträgen festgelegt seien. Die Kommission sehe keine Grundlage für den Vorwurf des BVerfG, der EuGH habe ultra vires gehandelt. Kommissionsvizepräsidentin Jourová wies darauf hin, dass die Kommission mehr Zeit benötige, um das Urteil in seiner rechtlichen Begründung zu untersuchen und im Detail zu analysieren. Erst dann könne, wiederum mit der notwendigen Zeit, beurteilt werden, ob die Kommission gegen das Urteil des BVerfG vorgehe, und wenn ja, auf welche Art und Weise.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/en/juri-committee-meeting\\_20200525-0900-COMMITTEE-JURI\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/juri-committee-meeting_20200525-0900-COMMITTEE-JURI_vd)

## Innere

### **Rat; Grenzmanagement-Abkommen mit Serbien und Montenegro beschlossen**

Am 26.05.2020 verabschiedete der Rat zwei Beschlüsse zum Abschluss von Abkommen mit Montenegro und Serbien über die Zusammenarbeit beider Länder mit

der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) beim Grenzschutz. So soll Frontex nicht nur die Grenzverwaltung beider Länder unterstützen, sondern sich auch an gemeinsamen Operationen beteiligen und mit Zustimmung der jeweiligen Regierung Teams in die an die EU grenzenden Regionen beider Länder entsenden. Ziel der Zusammenarbeit sind die Bekämpfung der illegalen Einwanderung, insbesondere im Falle plötzlich ansteigender Migrationsströme, und der organisierten Kriminalität zum Schutz der Außengrenzen der EU. Dazu sehen die Abkommen auch technische und operative Unterstützung vor. Ein erstes Kooperationsabkommen wurde bereits im vergangenen Jahr mit Albanien geschlossen. Im Zuge dessen nahm Frontex im Mai 2019 die Arbeit auf. Weitere Abkommen mit Nordmazedonien sowie Bosnien und Herzegowina stehen vor dem Abschluss.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-15579-2018-REV-1/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6847-2019-REV-1/de/pdf>

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-6846-2019-INIT/de/pdf>

### **Rat; Visaerleichterungs- und Rückübernahmeabkommen mit Belarus beschlossen**

Der Rat nahm am 27.05.2020 Beschlüsse über den Abschluss eines Visaerleichterungsabkommens und eines Rückübernahmeabkommens mit Belarus an. Das Abkommen zur Erleichterung der Visaerteilung soll es Reisenden erleichtern, kurzfristige Visa zu erhalten. Zudem soll es etwa für Journalisten, Studenten und Mitglieder offizieller Delegationen möglich sein, Mehrfachvisa unter verringerten Nachweispflichten hinsichtlich ihres Reisezwecks zu erhalten. Ferner sollen Visa- und Dienstleistungsgebühren gesenkt und die Frist für Konsulate zur Entscheidung über Visaanträge verkürzt werden. Das Rückübernahmeabkommen regelt gegenseitige Verfahren für eine sichere und ordnungsgemäße Rückkehr irregulär in der EU oder in Belarus aufhältiger Personen.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-12363-2019-INIT/de/pdf>

### **EuGH; Schlussanträge: Militärdienstentziehung durch Flucht aus Syrien kann Flüchtlingsstatus begründen**

Am 28.05.2020 legte Generalanwältin Eleanor Sharpston ihre Schlussanträge in dem Vorabentscheidungsverfahren C-238/19 EZ gegen DEU vor. Darin vertritt sie die Auffassung, dass die Anerkennung als Flüchtling nach der Richtlinie 2011/95/EU über Normen für die Anerkennung von Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen als Personen mit Anspruch auf internationalen Schutz, für einen einheitlichen Status für Flüchtlinge oder für Personen mit Anrecht auf subsidiären Schutz und für den Inhalt des zu gewährenden Schutzes (Anerkennungs-RL) stets voraussetze, dass eine Verknüpfung zwischen dem vorgetragenen Verfolgungsgrund und der befürchteten Verfolgungshandlung bestehe. Zwar sei für die Annahme des Verfolgungsgrundes „politische Überzeugung“ nicht deren Kundgabe nach außen erforderlich, ihr Vorliegen oder ihre Annahme durch etwaige Verfolger sei jedoch durch die zuständigen Asylbehörden der Mitgliedstaaten zu prüfen und könne nicht ohne weiteres aufgrund der Verfolgungshandlung angenommen werden. Der Kläger, ein syrischer Staatsangehöriger, hatte Syrien vor Ablauf seiner Zurückstellung vom dortigen Militärdienst verlassen und in DEU internationalen Schutz ersucht. Ihm wurde zwar durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) subsidiärer Schutz gewährt, mangels Verfolgung wurde er jedoch nicht als Flüchtling anerkannt. Das mit der gegen diese Entscheidung gerichteten Klage befasste Verwaltungsgericht Hannover bat den EuGH u.a. um Beantwortung der Frage, ob die wiederholte und systematische Begehung von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch die Streitkräfte eines Staates ausreiche, um die Verweigerung

des Militärdienstes in diesem Staat ohne Kenntnis des künftigen militärischen Einsatzbereiches aufgrund der Befürchtung, selbst solche Verbrechen begehen zu müssen, zu rechtfertigen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=226875&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=2555078>

### **Kommission; Vorschlag für Ausbau des EU-Katastrophenschutzmechanismus vorgelegt**

Am 02.06.2020 legte die Kommission den Vorschlag eines Beschlusses zur Änderung des Beschlusses über das Katastrophenschutzverfahren der EU vor. Ziel sind die Verbesserung des bestehenden Mechanismus vor dem Hintergrund der aus der COVID-19-Pandemie gezogenen Lehren und die Schaffung eines flexibleren Katastrophenschutzsystems zur Reaktion auf besondere Notfälle. Die aus der gleichzeitigen Ausbreitung von COVID-19 in allen Mitgliedstaaten (MS) resultierende Unfähigkeit zur wechselseitigen Hilfe habe gezeigt, dass die EU in der Lage sein müsse, kritische Lücken rasch zu schließen. Daher soll es der EU künftig möglich sein, rescEU-Kapazitäten für ein angemessenes Sicherheitsnetz selbst zu beschaffen, ihre Haushaltsmittel in Zeiten außergewöhnlichen Bedarfs flexibler einzusetzen und selbst über logistische Kapazitäten für Mehrzweck-Flugdienste in Notfällen zu verfügen. So soll die EU zur Ergänzung der strategischen Kapazitäten der MS – anders als bisher – befugt sein, rescEU-Kapazitäten selbst zu erwerben, zu mieten, zu leasen oder zu bevorraten, die Kosten für den Aufbau und Betrieb von rescEU-Kapazitäten als strategische europäische Reserve zu finanzieren, die nationalen Finanzmittel für Kapazitäten, die im Rahmen des europäischen Katastrophenschutz-Pools eingesetzt werden, aufzustocken und die Beförderung notwendiger Kapazitäten selbst zu gewährleisten. Bereits am 27.05.2020 hatte die Kommission im Rahmen ihrer Pläne für den neuen mehrjährigen Finanzrahmen der EU vorgeschlagen, das Budget für rescEU um 2 Mrd. EUR auf 3,1 Mrd. EUR zu erhöhen. Zudem ist eine enge Verknüpfung von rescEU mit dem neuen Gesundheitsprogramm EU4Health geplant, für das 9,4 Mrd. EUR vorgesehen sind.

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52020PC0220&qid=1591201296786&from=DE>

### **Kommission; Aufstockung der Hilfgelder für Geflüchtete aus Syrien**

Die Kommission legte am 03.06.2020 einen Vorschlag für die Aufstockung der Unterstützung für Geflüchtete und Aufnahmegemeinschaften infolge der Syrienkrise um insgesamt 585 Mio. EUR vor. Die Hilfen ständen auch im Zeichen der COVID-19-Pandemie, die Schutzbedürftige besonders hart treffe. Mit 100 Mio. EUR sollen Hilfsprojekte in Jordanien und dem Libanon in den Bereich Bildung, Unterstützung des Lebensunterhalts und Gesundheitsversorgung, sanitäre Einrichtungen, Abfallentsorgung sowie Sozialschutz für Aufnahmegemeinschaften und Geflüchtete unterstützt werden. Daneben soll mit 485 Mio. EUR zur Unterstützung von Partnerorganisationen beigetragen werden, die humanitäre Hilfe für Geflüchtete aus Syrien in der Türkei leisten. So soll das Programm „Emergency Social Safety Net“ (ESSN), über das monatlich finanzielle Unterstützung für mehr als 1,7 Mio. Menschen geleistet wird, bis Ende 2021 verlängert werden. Gleiches gilt für das Programm „Conditional Cash Transfers for Education“ (CCTE), das über 600.000 Kindern hilft, regelmäßig die Schule zu besuchen. Der Kommissionsvorschlag bedarf noch der formellen Zustimmung von Rat und EP. Seit 2011 haben die EU und die Mitgliedstaaten bereits über 20 Mrd. EUR als Reaktion auf die Syrienkrise mobilisiert.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_998](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_998)

### **Kommission; 70 Mio. EUR für Schutzbedürftigste im Jemen bereitgestellt**

Am 03.06.2020 stellte die Kommission weitere 70 Mio. EUR für die schutzbedürftigsten Menschen im Jemen bereit. Davon sollen über 40 Mio. EUR der Bekämpfung der Ausbreitung der COVID-19-Pandemie, etwa durch die Umsetzung von Notfallplänen und Eindämmungsmaßnahmen durch Partnerorganisationen der EU oder der Behandlung stark unterernährter Kinder, dienen. Darüber hinaus soll zur Versorgung der besonders von dem Konflikt im Jemen betroffenen Bevölkerungsgruppen mit Lebensmitteln, Unterkünften und Hygieneartikeln beigetragen werden. Die EU hat seit dem Ausbruch des Jemen-Konflikts im Jahr 2015 bereits 822 Mio. EUR an humanitärer Hilfe und im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung gestellt.

[https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip\\_20\\_993](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_993)

## Bildung und Kultur

### **Rat; Kulturerbe und nachhaltige Entwicklung**

Der Rat verabschiedete am 26.05.2020 per schriftlichem Beschlussverfahren Schlussfolgerungen zum Risikomanagement im Bereich des Kulturerbes. In dem Text wird darauf hingewiesen, dass es wichtig sei, das Kulturerbe vor verschiedenen Arten von Bedrohungen zu schützen (z.B. Naturkatastrophen, Klimawandel und vom Menschen verursachte Katastrophen) und es wird anerkannt, dass Krisen wie die Corona-Pandemie enorme negative Auswirkungen auf die Kultur- und Kreativbranche haben. Die Mitgliedstaaten sollen erarbeiten, welche innovativen Instrumente und Ansätze für die Risikoermittlung, -prävention und -minderung zur Verfügung stehen. In den Schlussfolgerungen wird auch das Bewusstsein dafür geschaffen, dass Katastrophenprävention und -vorsorge Planung auf mehreren Ebenen erfordert, um angemessen auf Risiken reagieren zu können. Der Rat verabschiedete parallel Schlussfolgerungen zur Änderung des Arbeitsplans für Kultur (2019-2022). Darin wird bekräftigt, dass die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung im Rahmen der Strategischen Agenda 2019-2024 eine Schlüsselmaßnahme für die Zukunft der EU ist. Der Arbeitsplan wird dahingehend geändert, dass der Kultur als einer der treibenden Kräfte für nachhaltige Entwicklung Vorrang eingeräumt wird.

<https://www.consilium.europa.eu/media/44118/st08271-en20.pdf>

## Information, Kommunikation und Medien

### **EP, Kommission; Konsultation zum Europäischen Aktionsplan Demokratie**

Kommissionsvizepräsidentin Věra Jourová, zuständig für Transparenz und Werte, hat am 25.05.2020 im EP-Rechsausschuss eine öffentliche Konsultation zu dem geplanten EU-Aktionsplan für Demokratie angekündigt. Der Aktionsplan selbst soll bis Ende 2020 vorgelegt werden. Ein zentrales Thema der Initiative werde der Kampf gegen Desinformationen sein. Außerdem erläuterte Vizepräsidentin Jourová, dass der Bericht der Kommission über die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten neben den Aspekten Justizsystem, Korruptionsbekämpfung und institutionellen Fragen auch das Thema Medienpluralismus behandeln werde. Die Kommission habe inzwischen von allen Mitgliedstaaten Stellungnahmen erhalten und werde nun bilaterale Gespräche führen. Der Bericht soll im September 2020 veröffentlicht werden.

[https://multimedia.europarl.europa.eu/en/juri-committee-meeting\\_20200525-0900-COMMITTEE-JURI\\_vd](https://multimedia.europarl.europa.eu/en/juri-committee-meeting_20200525-0900-COMMITTEE-JURI_vd)



### **Kommission; Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien aktiv**

Am 01.06.2020 hat die Europäische Beobachtungsstelle für digitale Medien (European Digital Media Observatory - EDMO) ihre Arbeit aufgenommen. Sie soll die zentrale Stelle der EU im Kampf gegen Online-Desinformationen werden. Unter der Leitung des Europäischen Hochschulinstituts in Florenz (ITL) wird sie eine Plattform für Faktenprüfer, Forscher und andere Experten aus dem Bereich der Online-Desinformation aufbauen. Die Beobachtungsstelle soll die wissenschaftlichen Erkenntnisse über Online-Desinformation erweitern, aber auch die Entwicklung eines EU-Marktes für Dienste zur Faktenprüfung vorantreiben und die Behörden unterstützen, die für die Überwachung digitaler Medien und die Entwicklung neuer politischer Strategien zuständig sind. Die Beobachtungsstelle erhält 2,5 Mio. EUR aus dem europäischen Förderprogramm „Connecting Europe Facility“ (CEF). Dem Konsortium gehören das Athener Technologiezentrum (GRI), die Universität Aarhus (DNK) und die Faktenprüfer-Organisation Pagella Politica (ITL) an. In einer zweiten Phase des Projekts sollen nationale bzw. regionale Forschungsstellen für digitale Medien in Europa eingerichtet werden. Vorgesehen dafür ist ein Budget von neun Mio. EUR aus dem CEF-Programm. Der Bewerbungsauftrag dafür soll im Laufe des Jahres gestartet werden.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/european-digital-media-observatory>

## V e r a n s t a l t u n g e n

### **Hessen's Livestream: „Stand der Verhandlungen der EU-27 mit dem GBR“**

Zum Thema „Stand der Verhandlungen der EU-27 mit dem GBR“ diskutierten im Livestream am 25.05.2020 in der Hessischen Landesvertretung in Brüssel, Paulina Dejmek-Hack, Direktorin der Task-Force für die Beziehungen zum GBR, mit Hendrik Kafsack, FAZ-Korrespondent. Die Hessische Europaministerin Lucia Puttrich wies in ihrer Begrüßung vor allem darauf hin, dass es im hessischen Interesse ist, ein Abkommen über die zukünftigen Beziehungen zum GBR zu schließen. Hessen ist ein starkes Exportland, hat den Finanzplatz Frankfurt und hat vielfältige Beziehungen zu GBR. Frau Dejmek-Hack erläuterte eingangs, dass auch bei den aktuell per Videokonferenz stattfindenden Verhandlungen gute Gespräche und Diskussionen möglich seien, allerdings sei es ein Nachteil, dass zum Beispiel keine Gespräche am Rande stattfinden können. Auch sei die Dynamik bei Videokonferenzen im Vergleich zu physischen Treffen anders. In der dritten Verhandlungsrunde sei man nicht so vorangekommen, wie gewünscht. Vor allem bei den Themen Fischerei, Level Playing Field und bei der Governance-Struktur sei man weit auseinander. Frau Dejmek-Hack widersprach dem britischen Vorwurf, die EU fordere, dass GBR die EU-Gesetze für faire Wettbewerbsbedingungen einfach übernehmen solle. Sie betonte, man wolle nur die aktuellen Standards halten und sich dazu verpflichten, sie beizubehalten. Eine mündliche Zusage der Regierung GBR, man würde kein Sozialdumping machen, könne nicht reichen. Das Abkommen solle viele Jahre Sicherheit bringen und die Regierung von GBR könne sich ändern. Fischerei sei so ein schwieriges Verhandlungsthema, da es politisch sehr sensibel zu handhaben sei und viele KMU's betreffe. Beim Thema Finanzdienstleistungen und ob der Zugang zu den Märkten der EU als Druckmittel in den Verhandlungen mit GBR benutzt würde, erläuterte sie, dass in anderen Abkommen das Thema auch nie Inhalt gewesen sei, sondern immer getrennt geregelt wurde. Dies sei auch im Verhandlungsmandat der Kommission so gewollt. Äquivalenzentscheidungen würden getroffen werden und es werden Äquivalenzmöglichkeiten bestehen, so Dejmek-Hack. In Bezug auf die Verlängerung der Übergangsphase sei die rechtliche Lage klar, man müsse sich bis zum 01.07.2020

darauf einigen. Aktuell zeige die Regierung von GBR kein Interesse an einer Verlängerung der Übergangsphase. Frau Dejmek-Hack wies darauf hin, dass auch bei einem guten, ambitionierten Abkommen mit GBR sich die Unternehmen in der EU auf Änderungen einstellen und vorbereiten müssen. GBR sei dann nicht mehr im EU-Binnenmarkt und in der Zollunion. Zum Schluss erwähnte sie noch, dass die Einheit und Geschlossenheit der EU-27 sehr gut sei und sie zeigte sich positiv, dass das so bleibt. Das Video zu der Veranstaltung können Sie hier abrufen: <https://staatskanzlei.hessen.de/berlin-europa/hessen-europa/landesvertretung-bruessel/aktivitaeten-bruessel-2020>

## V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

### **Europäischer Rat**

19.06.2020 Europäischer Rat

### **Rat**

08.06.2020 Rat der Außenminister (Entwicklung)  
08.06.2020 Rat der Landwirtschaftsminister  
09.06.2020 Rat für Beschäftigung und Soziales  
09.06.2020 Rat der Wirtschaft- und Finanzminister  
09.06.2020 Rat der Außenminister (Handel)  
11.06.2020 Euro-Gruppe  
12.06.2020 Rat der Gesundheitsminister  
12.06.2020 Rat der für Binnenmarkt und Industrie zuständigen Minister  
15.06.2020 Rat der Außenminister  
16.06.2020 Rat der Außenminister (Verteidigung)

### **Europäische Kommission**

10.06.2020 Sitzung der Kommission  
Mitteilung über Desinformation im Zusammenhang mit COVID-19  
Bericht über die Anwendung der Allgemeinen Datenschutzverordnung  
Angleichung der einschlägigen Strafverfolgungsvorschriften der Union  
im Hinblick auf den Datenschutz

17.06.2020 Sitzung der Kommission  
Weißbuch über ein Instrument für ausländische Subventionen  
Bericht über die Auswirkungen des demographischen Wandels

### **Europäisches Parlament**

17.-19.06.2020 Plenarsitzung des EP

Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates am 19.06.2020  
Empfehlungen für die Verhandlungen über eine neue Partnerschaft mit dem  
GBR und Nordirland  
Konferenz zur Zukunft Europas

Bekämpfung von Desinformationskampagnen während der COVID-19-Krise und die Auswirkungen auf das Recht auf freie Meinungsäußerung  
Außenpolitische Folgen der COVID-19-Krise  
Das nationale Sicherheitsgesetz der Volksrepublik China für Hongkong und die Notwendigkeit aufseiten der EU, Hongkongs hohes Maß an Autonomie zu verteidigen  
Tourismus und Verkehr im Jahr 2020 und darüber hinaus  
Schutz strategischer europäischer Sektoren vor ausländischer Übernahme in der Zeit nach COVID  
Europäischer Schutz von Grenzgängern und Saisonarbeitskräften im Zusammenhang mit der COVID-19-Krise  
Lage im Schengen-Raum nach dem Ausbruch von COVID-19  
Gewährung einer befristeten Sonderunterstützung im Rahmen des ELER als Reaktion auf den Ausbruch von COVID-19 (Änderung der Verordnung (EU) Nr. 1305/2013)  
Einrichtung eines Rahmens zur Erleichterung nachhaltiger Investitionen  
Gemeinschaftsstatistiken über Wanderung und internationalen Schutz  
Leitlinien für den Haushaltsplan 2021  
Inanspruchnahme des Solidaritätsfonds der Europäischen Union zwecks Hilfeleistung für PTL, ESP, ITL und AUT  
Empfehlung des EP an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zur Östlichen Partnerschaft im Vorfeld des Gipfeltreffens im Juni 2020  
Empfehlung des EP an den Rat, die Kommission und den Vizepräsidenten der Kommission und Hohen Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den Ländern des westlichen Balkans im Anschluss an das Gipfeltreffen 2020

## **Ausschuss der Regionen**

### 08.06.2020 ENVE-Sitzung

- Eignungsprüfung der Wasserrahmenrichtlinie, der Grundwasserrichtlinie, der Richtlinie über Umweltqualitätsnormen und der Hochwasserrichtlinie (Abstimmung)
- Die Zukunft der EU-Luftqualitätspolitik im Rahmen des Null-Schadstoff-Ziels (Abstimmung)
- Ein Fahrplan für sauberen Wasserstoff – der Beitrag der lokalen und regionalen Gebietskörperschaften zu einem klimaneutralen Europa (Abstimmung)
- Europäisches Klimagesetz: Schaffung des Rahmens für die Verwirklichung der Klimaneutralität (Abstimmung)
- Der Europäische Klimapakt (Abstimmung)

### 18.06.2020 NAT-Sitzung

- EU-Strategie zur Wiederbelebung des ländlichen Raums (Arbeitsdokument)
- Ein europäischer Notfallmechanismus für Gesundheitskrisen (Abstimmung)
- Für eine nachhaltige Nutzung der natürlichen Ressourcen der Mittelmeerinseln (Abstimmung)

## Europäischer Gerichtshof

- 11.06.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-581/18 (TÜV Rheinland LGA Products und Allianz IARD): Kann Haftpflichtversicherung für PIP-Brustimplantate auf FRA beschränkt werden?
- 11.06.2020 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtsmittelsachen C-262/18 P (Kommission / Dôvera zdravotná poisťovňa) und C-271/18 P (SLK / Dôvera zdravotná poisťovňa): Unterliegen gesetzliche Krankenversicherungen dem Verbot staatlicher Beihilfen?
- 11.06.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-74/19 (Transportes Aéreos Portugueses): Flugverspätung wegen randalierendem Fluggast
- 11.06.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-786/18 (ratiopharm): Kostenlose Abgabe von Arzneimittelmustern an Apotheker
- 11.06.2020 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-378/19 (Prezident Slovenskej republiky): Unabhängigkeit der slowakischen Regulierungsbehörde für Gas und Strom

## EuG

- 12.06.2020 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-93/18 (International Skating Union (ISU) / Kommission): Sanktionen der ISU gegen Eisschnellläufer bei Teilnahme an nicht von ihr genehmigten Wettkämpfen

**Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 19.06.2020.**

## Abkürzungsverzeichnis

<b>Europäisches Parlament</b>	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
<b>EU-Mitgliedstaaten</b>	
BEL	BEL
BUL	BUL
DNK	DNK
DEU	DEU
EST	EST
FIN	FIN
FRA	FRA
GRI	GRI
IRL	IRL
ITL	ITL
KRO	KRO
LET	LET
LIT	LIT
LUX	LUX
MTA	MTA
NDL	NDL
AUT	AUT
POL	POL
PTL	PTL
ROM	ROM
SWE	SWE
SLK	SLK
SLO	SLO
ESP	ESP
CZR	CZR
HUN	HUN
CYP	CYP
<b>Länder außerhalb der EU</b>	
Vereinigtes Königreich	GBR

